

Shaffer, E. N.

Article — Digitized Version

Indiens Problematik in Politik und Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Shaffer, E. N. (1960) : Indiens Problematik in Politik und Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 11, pp. 611-620

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133046>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

Indiens Problematik in Politik und Wirtschaft

E. N. Shaffer, Neu-Delhi, z. Z. Bonn

Der folgende Bericht über die politischen und wirtschaftlichen Probleme der Indischen Union setzt die im Augustheft begonnene Artikelserie über Entwicklungsgebiete fort. Unseren Lesern ist der Verfasser aus früheren Beiträgen bekannt, die aus der unmittelbaren Kenntnis des Subkontinents geschrieben wurden. Er entwirft hier ein umfassendes Bild dieses riesigen Staatskörpers, der in sich zahllose Konfliktstoffe birgt. Der Versuch, sie mit demokratischen Mitteln zu beseitigen, ist ein wahrhaft atemberaubendes Unternehmen. Die Erkenntnis wächst auch bei uns, daß auf diesem Experimentierfeld die wohl wichtigste Entscheidung gegen das chinesische Beispiel kommunistischer Entwicklungspolitik fallen muß. Wir lassen trotzdem die Kritik des Autors an der bundesdeutschen Hilfe als Ausdruck seiner großen Sorge um den Ausgang dieses Ringens unverändert.

In seiner 1936 veröffentlichten Autobiographie sagt Nehru von sich selbst: „Ich bin zu einer merkwürdigen Mischung des Ostens und Westens geworden... Vielleicht sind meine Denkweise und Lebensauffassung dem Abendländischen verwandter als dem Östlichen, aber Indien haftet mir, wie dies bei allen seinen Kindern der Fall ist, in zahllosen Eigentümlichkeiten an... Ich kann mich weder von dem Erbe der Vergangenheit noch von meinen jüngsten Errungenschaften befreien. Beide sind Teile von mir...“ Hat diese Einstellung auf Indien abgefärbt? Seit mehr als 13 Jahren ein unabhängiges Land, scheint es nun auch zu einer merkwürdigen Mischung des Ostens und Westens geworden zu sein. Darin allein liegt vielleicht schon eine gewisse tragische Problematik, indem es möglicherweise dazu führt, daß Indien durch seine rapid fortschreitende Industrialisierung allmählich etwas von seinem großartigen kulturellen und heute noch so lebendigen Erbe verlieren könnte. Außerdem hat das vergangene Jahrzehnt gezeigt, daß diese asiatische, „ost-west-gemischte“ Republik, die sich standhaft keinem der Mächteblocks angeschlossen hat, mitunter ein, wenn auch loses, doch willkommenes Bindeglied zwischen den beiden Gruppen bildet, die sich Gewehr bei Fuß gegenüberstehen. Im folgenden soll darzustellen versucht werden, wie die innen- und außenpolitische sowie wirtschaftliche Entwicklung Indiens zu einer eigenartigen oder sogar einzigartigen Position geführt hat.

DIE AUFGABEN DES UNABHÄNGIGEN INDIEN

Als Indien am 15. August 1947 — zunächst noch als Dominion — selbständig wurde, sah es sich nach der Teilung des Subkontinents drei Hauptproblemen gegenüber. Millionen von Flüchtlingen aus Pakistan mußten aufgenommen werden, für über 550 meist mittelalterlich-autoritäre Fürstentümer war eine befriedigende Lösung zu finden, und für diese gewaltigen Aufgaben stand ein zahlenmäßig unzureichender höherer Beamtenstand zur Verfügung. Zwar halfen britische Quäker in aufopfernder und vorbildlicher

Weise, die ersten Flüchtlingslager zu organisieren, jedoch dauerte es fast 5 Jahre, bis dieses Werk einigermaßen vollendet war. Zunächst schwoll durch den Zustrom das Millionenheer der Arbeitslosen an.

Erschwerende Voraussetzungen

Auf Einzelheiten, wie die Fürstentümer abgeschafft wurden, kann hier nicht eingegangen werden. Nur soviel sei gesagt, daß Maharadschas und Nawabs mit überreichlichen Apanagen abgefunden wurden, ein Posten, der alljährlich das Budget des Landes arg belastet. Ihr Privateigentum wurde nicht angetastet; anfangs faßte man mehrere Fürstentümer zu einer bundesstaatlichen Einheit zusammen, die einem befähigten Prinzen unterstellt wurde, andere Duodezreiche wurden bestehenden Bundesländern angegliedert. So waren, einschließlich der früheren britisch-indischen Provinzen, 27 Bundesstaaten entstanden.

Alle diese höchst komplizierten, umfassenden Maßnahmen waren, wie gesagt, mit einem beschränkten Beamtenstab durchzuführen. Bei vielen Mängeln, die das britische System auf Grund seiner Entstehung (von der merkantilen Ostindischen Kompanie zum Kaiserreich) beinahe naturnotwendig mit sich brachte, hatte es doch in weitschauender Weise dafür vorgesorgt, daß Inder bis zu den obersten Beamtenstellen hatten aufsteigen können. Es war vor allem der qualifizierte Indian Civil Service, dessen Angehörige auch heute noch in den Ministerien der Zentralregierung und in denen der Länder sowie im auswärtigen Dienst die höchsten Posten einnehmen.¹⁾ Hatte man demnach zwar für die Spitzen der Behörden erstklassige Beamte zur Verfügung, so fehlte es aber in den unteren Kategorien an dem erforderlichen Nachwuchs.

Das 20. Jahrhundert hat auch in Europa die Umwandlung von Kaiser- und Königreichen zu Republiken gesehen. Wo immer es auch war, die neuen Herren hatten jedoch asiatischen Ländern gegenüber den be-

¹⁾ Am Rande sei vermerkt, daß es der deutsche Professor Max Müller war, der in den achtziger Jahren in Oxford die Kandidaten dieses indischen Zivildienstes in geradezu klassischen Vorlesungen über Indien belehrte.

achtlichen Vorteil, daß sie erstens mit dem gedruckten Wort ihre Absichten und Ziele dem Volk verkünden konnten, und daß diese Verlautbarungen nur in einer einzigen Sprache zu erlassen waren. Anders in Indien! Die Verfassung, die am 26. Januar 1950 vom Parlament angenommen wurde und Indien zur Republik innerhalb des Commonwealth of Nations machte, sieht nicht weniger als die gleichberechtigte Verwendung von 14 Sprachen vor. Allerdings wurde eine einzige, die Hindisprache, als lingua franca anerkannt, die von 1965 an in der zentralen Verwaltung und im Verkehr von einem zum anderen Bundesland obligatorisch werden sollte. Jedoch sind heute schon von den südlichen Staaten unmißverständlich Einwendungen in dieser Hinsicht erhoben worden. Die vier Sprachen des Südens, Kanarisch, Malahayam, Tamil und Telegu, von über 80 Mill. Menschen gesprochen, gehören dem sogenannten drawidischen Sprachkreis an, der kaum etwas mit den Sprachen des Nordens gemein hat. Der Süden setzt sich demzufolge für die Beibehaltung des Englischen ein, und es hat den Anschein, als ob Englisch, zumindest für die heutige Generation, neben der Hindi-Sprache seine Bedeutung behalten wird. Im übrigen Indien ist man auch durchaus dafür, Englisch als zweite Pflichtsprache anzusehen, um damit den Anschluß an die Welt und ihre technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften nicht zu verlieren.

Ordnung im Sprachenbabel

Die Forderung nach Aufteilung der Länder gemäß den verschiedenen Sprachen war schon vor der Unabhängigkeit des Landes laut geworden. Der Nationalkongreß hatte eine solche Reorganisation für die Zeit nach erlangter Freiheit auch versprochen, aber verständlicherweise ließ sich diese Zusage in Anbetracht der eiligen und gigantischen Probleme, denen sich die Regierung gegenüber sah, zunächst nicht einlösen. Aber das Verlangen wurde in einigen Landesteilen immer dringender, weil hier und da sprachliche Minderheiten eine Bevormundung durch die Mehrheit befürchteten. Die Regierung blieb aber hart. Da drohte ein Schullehrer damit, daß er zu Tode hungern wolle, wenn nicht ein Telegu-Staat, d. h. ein Staat für die Telegu Sprechenden des bisherigen Staates Madras errichtet werden würde. Als der Fanatiker nun wirklich Hungers starb, und daraufhin schwere Tumulte ausbrachen, gab Nehru endlich und widerwillig in diesem Falle nach.

Die Büchse der Pandora war damit geöffnet, und neue Forderungen nach neuen Staatenbildungen wurden vorgebracht, bis der Regierung offenbar nichts anderes übrig blieb, als einen Rückzug auf der ganzen Linie anzutreten. Eine Kommission aus zwei erfahrenen Politikern oder vielleicht richtiger aus zwei „elderly statesmen“, dem Liberalen Dr. Kunzru, der im Oberhaus zur Opposition gehört, und dem Historiker K. M. Panikkar, der Indien als Botschafter an wichtigen Plätzen vertreten hat und ebenfalls im Oberhaus sitzt, sowie einem pensionierten hohen Richter

bereiste monatelang das Land. Sie vernahm Hunderte von Zeugen und sichtete viele Eingaben, bis sie 1955 ihre Vorschläge der Regierung in einer umfangreichen Denkschrift überreichte. Nach wenigen Änderungen wurden sie in Form von Gesetzen dem Parlament vorgelegt und angenommen. Die 27 Staaten waren danach auf 14 reduziert worden. Sie begannen am 1. November 1956 zu arbeiten.

Sicherlich hat diese umwälzende Neuordnung viele Ersparnisse, die für eine in der Entwicklung begriffene Nation von wesentlicher Bedeutung sind, mit sich gebracht. Aber es hat seitdem eigentlich fortgesetzt Unruhen, z. T. recht blutige, gegeben, die mit der Reorganisation zusammenhängen. Denn es hatte sich nicht vermeiden lassen, daß sprachliche Enklaven entstanden, die in manchen Fällen einem unverantwortlichen Irredentismus huldigen. Immerhin hat nun jeder Staat seine eigene Sprache, bis auf einen — Bombay, den man aus verschiedenen Gründen als Zweisprachenstaat geschaffen hatte. Dies führte dazu, daß sich die übrigen Parteien (konservative Hindus, Sozialisten, Kommunisten usw.) gegen die Kongreß-Regierung in der Opposition vereinigten. Auch hier kapitulierte die Regierung, aber erst nach 3½ Jahren. Seit dem 1. April 1960 gibt es daher keinen Staat Bombay mehr, sondern die zwei Staaten Maharaschtra mit der Hauptstadt Bombay und Gujerat mit der Hauptstadt Ahmedabad.

Durch eine immer lebhaftere Agitation fordern nun die Sikhs eine Lostrennung von dem Staat Pandschab, in dem Hindi gesprochen wird, und die Bildung eines neuen Staates mit der Pandschabi-Sprache. Hier hat es den Anschein, als ob die Regierung diesmal wirklich fest bleiben würde. Die Sikhs sind eine vom Hinduismus um 1500 abgesplitterte religiöse Sekte. Indien hat, als es unabhängig wurde, den größten Wert darauf gelegt, ein Säkularstaat zu werden und setzt alles daran, es auch zu bleiben. Damit steht es im Gegensatz zu der Islamischen Republik Pakistan. In Indien leben etwa 40 Mill. Mohammedaner, womit es — nach Pakistan mit über 90 Mill. — das Land mit der zweitgrößten Muslimbevölkerung der Welt ist. Mohammedaner nehmen als Minister, Staatssekretäre und Botschafter — gegenwärtig in Washington, Kairo und Bonn — die höchsten Stellen ein. Eine Zeitlang war der Kommandeur der einzigen Kriegsakademie ein mohammedanischer General. Die immer wieder im Westen anzutreffende Vorstellung, daß nach der Etablierung von Pakistan Indien als „Hindustaat“ zurückblieb, ist also grundlegend falsch.

DIE POLITISCHEN PARTEIEN INDIENS

Nichtkommunistische Parteien

Dieser Gliederung nach Sprachen verdankt auch der Staat Kerala seine Entstehung. In ihm ist die Malahayam sprechende Bevölkerung zusammengefaßt. Bevor auf das kommunistische „Experiment Kerala“, das solches Aufsehen im Westen erregte, und seine Folgen eingegangen wird, sollen ein paar Worte über die politischen Parteien Indiens und ihre politisch-wirt-

schaftlichen Ausrichtungen gesagt werden. Der Nationalkongreß, der unter Gandhis Führung die Freiheit gewann, hat heute noch die überwältigende Mehrheit im Parlament und bildet demnach die Zentralregierung. In den Staaten regiert der Kongreß ebenfalls, mit zwei Ausnahmen, wo Koalitionsregierungen bestehen. Die Sozialisten, die ursprünglich innerhalb des Kongresses eine eigene Gruppe bildeten, schieden aus, nachdem Indien unabhängig geworden war, und bildeten eine eigene Partei, von der sich wiederum eine weiter links orientierte Gruppe absonderte, um eine Splitterpartei ohne besondere Bedeutung zu formieren.

Die sozialistische „Hauptpartei“ befindet sich auf ständig absteigender Linie. Einer ihrer bedeutenderen Repräsentanten, Jayaprakash Narayan, verließ schon vor mehreren Jahren die Partei, um sich der Bhoodan-Land-schenkungs-bewegung anzuschließen. Im September 1960 erklärte das wohl prominenteste Parteimitglied, Acharya Kripalani, einer von Gandhis alten Mitstreitern und ehemaliger Generalsekretär des Kongresses, seinen Austritt. Er konnte sich nicht länger mit der Partei und besonders nicht mit ihrem Generalsekretär und Wirtschaftsexperten Asoka Metha identifizieren. Folgende Gründe waren für seinen schwerwiegenden Schritt ausschlaggebend. Die Partei hatte sich in diesem Jahre bei dem Streik der unteren Regierungsangestellten auf deren Seite gestellt, was Kripalani in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes für falsch und schädlich hielt. In dem Streit um den Zweisprachenstaat Bombay hatte sich, wie erwähnt, die Partei mit Kommunisten und religiös eingestellten Parteien vereinigt, was Kripalani ebenfalls mißbilligte. Der kontinuierliche Bedeutungsverlust der Sozialistischen Partei datiert eigentlich von dem Augenblick an, als der Nationalkongreß 1955 das „Socialist pattern of society“ offiziell auf seine Fahnen schrieb. Bereits 1931 hatte eine Entschließung auf dem Jahrestag des Kongresses in Karatschi sozialistische Keime enthalten. Nehru erklärte Anfang 1958:

„Ich erstrebe durchaus keinen extremen Staatssozialismus, bei dem ein übermächtiger Staat praktisch alle Tätigkeit regelt. Der Staat ist politisch ausgesprochen einflußreich, aber wenn man ihn auch wirtschaftlich einflußreich gestaltete, dann würde er nichts anderes als eine Anhäufung von Autorität werden.“

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung von Interesse, daß die sozialistischen Parteien der 2. Internationale in Asien sich in steter Abwärtsbewegung befinden. Die Tagung der „Asiatischen Sozialistenkonferenz“ im November 1956 in Bombay — zu der sich auch Erich Ollenauer, Hinrich Kopf und andere deutsche Sozialisten sowie der jetzige Präsident Österreichs, Adolf Schärf, eingefunden hatten — dürfte wohl das letzte Aufflackern gewesen sein. Um das ständige Sekretariat der Konferenz in Rangun ist es ganz still geworden, nachdem sich Burmas sozialistische Partei (Anti-Fascist People's Freedom League — AFPFL) in zwei Flügel, den „stabilen“ und den „sauberen“, gespalten hatte.

Eine neue politische oder richtiger wirtschaftspolitische Gruppe hat sich in Indien im vergangenen Jahr als Swatantra (Freiheits-) Partei aufgetan. Sie plädiert für eine freie Wirtschaft und steht damit im schroffen Gegensatz zum Kongreß. Ihr Vorläufer war das daneben noch bestehende Forum of Free Enterprise, dessen Präsident A. D. Shroff die Finanzen des größten indischen Industriekonzerns der Familie Tata verwaltet. Generalsekretär der Swatantra-Partei ist Minoo Masani, ein früherer Botschafter in Brasilien, der auch jahrelang eine leitende Stellung im Tata-Konzern innehatte. Masani gehörte früher dem Kongreß an, den er mit den Sozialisten verließ, um später auch diesen den Rücken zu kehren. Der Präsident der Partei, die man als rechts-liberal oder gemäßigt konservativ bezeichnen kann, ist der achtzigjährige C. Rachagopalachari, erster Generalgouverneur des selbständigen indischen Dominions. K. M. Munshi, ein führendes Kongreßmitglied und ehemaliger Gouverneur des Staates Uttar Pradesh, ging auch zu der neuen Partei über. Es ist heute schwer zu sagen, ob bei den nächsten Wahlen die Swatantra-Partei größere Erfolge haben wird. Sie wendet sich in letzter Zeit besonders gegen den vom Kongreß propagierten genossenschaftlichen Ackerbau, da sie befürchtet, es könne sich daraus möglicherweise eine Kollektivierung der Landwirtschaft entwickeln. Der Kongreß, und besonders Nehru, hat auf diese Unterstellung erwidert, daß der genossenschaftliche Ackerbau auf durchaus freiwilliger Basis organisiert werden solle, und daß es jedem Bauern freistehen würde, jederzeit von der Genossenschaft zu scheiden. Im Februar 1942 schrieb Gandhi in seiner Wochenschrift „Harijan“:

„Ich glaube fest daran, daß wir nie den vollen Nutzen aus unserer Agrarwirtschaft ziehen werden, bis wir zur genossenschaftlichen Bebauung des Bodens übergegangen sind. Ist es nicht einleuchtend, daß es für, sagen wir, hundert Familien in einem Dorf wesentlich besser ist, das Land vereint zu bebauen und das Einkommen daraus zu verteilen, als den Boden in hundert kleinen Parzellen zu bearbeiten? ... Die Bauern sollten genossenschaftlich erfaßt sein und Geräte, Vieh und anderes gemeinsam besitzen.“

„Experiment Kerala“

Zwei orthodoxe Hindu-Parteien, die zahlenmäßig gering sind, stellen die ultrakonservative Opposition dar. Damit sind wir bei der Communist Party of India (CPI) angelangt. Die Kommunisten hatten die Sozialisten bei den letzten Wahlen überflügelt und es im südlichen Staat des Subkontinents, Kerala, mit Hilfe von einigen unabhängigen Abgeordneten zu einer Mehrheit und damit zur Regierung gebracht. Während sonst Kommunisten durch Terror oder Infiltration zur Macht gelangten, hatten sie hier — ein einmaliger Vorgang — auf demokratische Weise gesiegt. Man konnte damals in Blättern des Sowjet-Blocks, aber auch in westlichen Zeitungen lesen, daß damit der Anfang zur Bolschewisierung Indiens gemacht worden sei. Wie falsch war das gesehen! Die Kommunisten trieben in Kerala, man muß schon sagen glücklicherweise, eine solche Mißwirtschaft, daß sich nach 28 Monaten der Präsident der Republik, Dr. Prasad, auf

Empfehlung des Ministerpräsidenten Nehru veranlaßt sah, von dem ihm nach der Verfassung zustehenden Recht Gebrauch zu machen und die kommunistische Regierung abzusetzen.

Die später durchgeführten Neuwahlen, zu denen sich die gesamte Opposition gegen die Kommunisten vereinigt hatte, brachten dieser die Majorität, und so konnte eine ausgesprochen anti-kommunistische Koalitionsregierung gebildet werden. Daß die Kommunisten die Mehrheit verloren, ist wahrscheinlich nur zu einem Teil auf ihre Mißwirtschaft zurückzuführen, zum anderen auf die Aggression Rotchinas, das Indien einen eindringlichen Anschauungsunterricht von kommunistischer Vertragstreue erteilte. Über Rotchina ist sich die kommunistische Partei durchaus nicht einig, denn es gibt namhafte Mitglieder, die Chinas Haltung Indien gegenüber verurteilen. Ein zweiter Spaltpilz ist durch die ideologische Auseinandersetzung der Sowjets mit China in die Partei hineingetragen worden, indem eine zahlenmäßig stärkere Gruppe für die Sowjets und eine Minderheit für China eintritt.

IM VORDERGRUND: DIE FÜNFJAHRESPLÄNE

Im Mittelpunkt des Interesses stehen in Indien zur Zeit weniger die politischen Parteien als vielmehr die Fünfjahrespläne, die von ihnen im allgemeinen durchweg unterstützt werden, mag die eine oder andere gegen dieses oder jenes Projekt Einspruch erheben. Während der erste Plan (1951—56) sich mehr auf die Landwirtschaft und weniger auf die Industrie konzentrierte, war es beim zweiten, der am 31. März 1961 abläuft, umgekehrt. Das Plansoll des ersten wurden erfüllt, wobei, wie die Regierung betonte, zwei besonders gute Ernten dank ausgiebigem Monsunregen eine wesentliche Rolle spielten. Während des Ablaufs des zweiten stellte sich ganz plötzlich, was merkwürdig genug klingt, ein erheblicher Mangel an ausländischen Devisen ein, der Indien zwang, über Moratorien zu verhandeln. So konstituierte sich unter der Ägide der Weltbank der „Gläubigerklub“, dem auch die Bundesrepublik angehört. In Anbetracht dessen, daß durch Sachverständigenkommissionen der Weltbank die Solidität der indischen Wirtschaft festgestellt worden war, sorgte der Klub für die erforderlichen Zahlungsstundungen, z. T. auf sehr lange Sicht. Auf diese Weise wird sich auch das Plansoll des zweiten Plans bis auf geringe Abweichungen aller Voraussicht nach erfüllen lassen.

Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland war am zweiten Plan durch das Stahlwerk in Rourkela (im Staate Orissa) beteiligt. Nicht weniger als 35 deutsche Firmen haben hier mitgewirkt bzw. tun es heute noch. Die Interessengemeinschaft Krupp-Demag fungierte als Berater der indischen Regierung, was nicht ausschloß, daß die beiden Unternehmen gleichzeitig Lieferanten waren, eine Lösung, die von indischer Seite nicht immer als glücklich angesehen wurde. Aber die große Chance

der Public Relations ist hier aufs gründlichste verpaßt worden. Auch heute noch betrachten manche Firmen die Public Relations sozusagen nicht als Exportartikel. Sie stehen auf dem reichlich naiven Standpunkt, wer im Ausland ihre Erzeugnisse benötigt, werde sich schon von selbst an sie wenden, da ihr Name allenthalben bekannt sei. Andere Werke ließen durch ihre heimatlichen Public Relations-Abteilungen oder durch ebenfalls heimatische Werbeagenturen, denen sie ihre Interessen anvertraut hatten, diese einschlägige Arbeit besorgen. Sie fiel im allgemeinen kümmerlich aus, da die Publicity-Experten sich auf die ihnen durchaus fremde indische Mentalität nicht einstellen konnten. Erst jetzt haben sich 6 Firmen unter der Führung von Krupp-Demag zusammengetan, um Public Relations an Ort und Stelle aufzuziehen.²⁾ Die Errichtung der 3 Stahlwerke ist eine der kühnsten Unternehmungen, die ein in der Entwicklung begriffenes Land in die Wege geleitet hat. Das deutsche wie das russische in Bhilai (im Staate Madhya Pradesh) und das britische in Durgapur (im Staate Bengalen) wurden im Dschungel gebaut. Rourkela hatte den Vorteil, daß in „seinem“ Dschungel sogenannte „aboriginal tribes“ oder Urstämme des Landes hausten. Über sie muß ein Wort gesagt werden, schon deswegen, weil sie eins der schwierigsten Probleme Indiens bedeuten. Es zeigt zugleich die gewaltigen Aufgaben, wie sie wohl in diesem Ausmaß und dieser Eigenart keine andere Regierung in der Welt zu bewältigen hat.

Es leben in Indien etwa 30 Mill. dieser Urstämme oder Adivasis, wie sie auf Hindi heißen. Sie stehen im allgemeinen auf einem ethisch oder sittlich relativ hohen Niveau, aber einzelne Stämme befinden sich erst auf der Anfangsstufe der Menschheit. Ihnen ist Ackerbau oder das Rad noch unbekannt, und sie jagen auf Tiger und Panther mit Pfeil und Bogen. Um die Adivasis bemühten sich zwei durchaus verschiedene Gruppen, nämlich Missionare und Anthropologen, die sich gar nicht darüber einig waren, wie man an den Fragenkomplex herantreten sollte. Die ersteren warfen den letzteren vor, daß sie die Adivasis als zu erhaltende Museumsstücke betrachteten, und die Anthropologen behaupteten, daß die Missionare nicht die Eigenart dieser Menschen erkannten und versuchten, sie in die Zwangsjacke einer völlig ungeeigneten europäischen Kultur einzuzwingen. Allmählich haben sich die entgegengesetzt anmutenden Anschauungen einander genähert. Die Anthropologen begannen, auch die philanthropische Seite des Problems zu erkennen, und die Kirche schickte anthropologisch vorgebildete Missionare nach Indien. Besonders die berühmte anthropologische Schule der Wiener Universität hat im Laufe der vergangenen Jahrzehnte Wissenschaftler auf diesem Gebiet nach Indien gesandt, die gute Forschungsarbeit geleistet haben. Die Standardwerke, die über die Adivasis geschrieben worden sind, kommen aus der Feder des Engländers Dr. Verrier Elwin, der aus einem Missionar zum Anthropologen wurde. Er lebt schon ein Vierteljahrhundert mit den „aboriginals“ und hat sogar ein Mädchen vom Stamme der Gonds geheiratet. Seit längerer Zeit ist er offizieller Berater der Zentralregierung in diesen Fragen. Die Regierungen der einzelnen Staaten erkannten rechtzeitig, daß diese Kinder der Natur vor der Ausnutzung durch Forstpächter und Fabriken geschützt werden mußten und haben besondere Behörden eingerichtet, die für die

²⁾ Aus unerfindlichen Gründen ist es offenbar in Deutschland nicht bekannt, daß es in Indien namhafte indische, amerikanische und britische Werbe-Unternehmen gibt.

Wohlfahrt der Adivasis zu sorgen haben. Das erwies sich als besonders notwendig, als die Industrien der Städte sich langsam in die benachbarten Dschungel ausdehnten.

Schwierige Anpassung

Auch in Rourkela stieß die Technik des 20. Jahrhunderts plötzlich und unvorbereitet auf die Urstufe der Menschheit. Daß dies nicht reibungslos vor sich gehen konnte, ist verständlich. Man stelle sich einen deutschen Monteur vor, der einem solchen Naturkind Anweisungen geben soll. Doch war die indische Bauleitung froh, so billige Arbeitskräfte an Ort und Stelle zu haben. Auch andere, z. T. wohl geübte Arbeitskräfte aus dem ganzen Land strömten herbei, was bei den Millionen von Beschäftigungslosen kein Wunder war. Rourkela wurde zu einer Art von indischem „Klondike“. Es hat begreiflicherweise eine ganze Zeit gedauert, bis sich die deutschen Ingenieure und Techniker, ganz abgesehen von der klimatischen Umstellung, zurechtfinden. Dem Verfasser sagte der Chefingenieur eines sehr bedeutenden deutschen Unternehmens: „Wir mußten unseren Leuten erst einmal klar machen, daß sie nicht als Eroberer in das Land gekommen sind.“ Hier war ein Mangel an rechtzeitiger Aufklärung zu verzeichnen, den Industriebetriebe anderer Länder dadurch vermieden hatten, daß sie ihren Leuten, bevor sie nach Indien gingen, Merkblätter in die Hand gedrückt hatten. In diesen wurden sie in knappen Sätzen über die alte Kultur und die wirtschaftspolitische Struktur des Landes informiert und auch darüber, daß die Bevölkerung an ihrem oft erstaunlichen Elend und dem damit verbundenen Schmutz keine Schuld trägt. Man hat jetzt immerhin erkannt, daß Unterricht not tut, und so bemühen sich heute in der Bundesrepublik mehrere Institutionen, Experten, die in die Entwicklungsländer gehen, die erforderliche allgemeine Vorschulung zu geben.

Das Augenmerk der deutschen Öffentlichkeit hat sich, was Indien betrifft, fast ausschließlich auf das gigantische Stahlwerk Rourkela gerichtet. Darüber hinaus sollte jedoch beachtet werden, daß auch andere Großanlagen mit deutscher Hilfe in Indien errichtet worden sind bzw. noch erstellt werden. So wurde der Hafen in Kandla an Indiens Nordwestküste, der den verlorenen Hafen von Karatschi ersetzen wird, von einer deutschen Firma erbaut. Der zweispurige Tunnel in Kaschmirs Banihalberg wird von einer deutschen Arbeitsgemeinschaft durchstochen. Man kann in diesem Fall wohl ohne Übertreibung von einer heroischen Aufgabe sprechen, denn Ingenieure und Werkmeister müssen seit mehreren Jahren im Winter ihrer verantwortungsvollen Beschäftigung zeitweise in Schnee und Eis nachgehen, um eine Allwetterstraße zu schaffen, die den tiefer gelegenen mit dem Hochgebirgsteil von Kaschmir verbinden soll. In Jamshepur bauen die Tatas in Zusammenarbeit mit deutschen Firmen Lokomotiven und Lastkraftwagen. Die letzteren werden auch in den Heereswerkstätten gemeinsam mit einem zweiten deutschen Konzern produziert. Diese kurze Betrachtung indisch-deutschen

gemeinschaftlichen Wirkens soll mit Erwähnung eines Großprojekts abgeschlossen werden, das in kurzem verwirklicht werden wird. Indiens Regierung hat mit einem Konsortium, das sich aus den Farbenfabriken Bayer, den Farbwerken Hoechst, der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der Friedrich Uhde GmbH zusammensetzt, im August 1960 ein Abkommen getroffen. Es sieht die Errichtung eines Betriebes zur Herstellung einer Reihe von chemischen Produkten vor. Sie wird Indien die Ausgabe von 35 Mill. DM in ausländischen Devisen im Jahr ersparen.

Soll und Haben der Planung

Bevor einiges über den jetzt zur Debatte stehenden 3. Fünfjahresplan zu sagen ist, der am 1. April 1961 beginnen wird, muß noch einmal über die beiden ersten am Rande referiert werden. (Der Gedanke des „Planens“ war Nehru, der schon vor dem Start des ersten den Vorsitz in der staatlichen Plankommission übernommen hatte und ihn heute noch innehat, durchaus nicht neu. Schon lange vor der Unabhängigkeit Indiens hatte er an der Spitze des Plankomitees des Nationalkongresses gestanden.) Da nun der 2. Plan seinem Ende entgegengeht, kann man bereits einen Überblick über die gemachten Fortschritte gewinnen. Daher sollen einige Zahlen aus einem offiziellen Bericht angeführt werden. Es wird darin festgestellt, daß das Nationaleinkommen in den vergangenen 10 Jahren um ungefähr 42%, das Durchschnittseinkommen um etwa 20% und der Konsum um ca. 16% zugenommen haben. Die Gesamtinvestitionen in der Wirtschaft werden auf annähernd 90 Mrd. DM, die Ausgaben der öffentlichen Hand allein auf etwa 58,5 Mrd. DM geschätzt. Die Gesamtinvestition für den 2. Plan dürfte 41,7 Mrd. DM betragen. Die Steigerung der Agrarproduktion wird im gleichen Zeitraum von 10 Jahren etwa 40% ausmachen. Während die Getreideernte zu Beginn des 1. Plans (1. 4. 1951) 52,2 Mill. t betrug, wird sie Ende dieses Jahres voraussichtlich auf 75 Mill. t angewachsen sein. In das Gemeindeentwicklungsprogramm (Community Projects) werden 400 000 Dörfer mit einer Bevölkerung von 200 Mill. bis zum 31. 3. 1961 einbezogen sein. Im Oktober 1963 werden alle Dörfer in Indien (560 000) sich dieser segensreichen Einrichtungen erfreuen können. Die Gesamtfläche mit künstlicher Bewässerung ist von 20 auf 28 Mill. ha gestiegen.

In der Industrie werden die Produktionszahlen der 3 staatlichen und der privaten Stahlwerke etwa 6 Mill. t im Jahr bis Ende des 2. Plans ausmachen. Die Entwicklung der Klein- und dörflichen Heimindustrie weist eine steigende Fabrikation handgewebter Stoffe von 742 auf 2 125 Mill. Yards auf. Die installierte Kapazität für die Energieproduktion wird sich von 2,3 auf 5,8 Mill. kW mehr als verdoppeln. 2 000 km neue Eisenbahnstrecken wurden angelegt, über 2 000 km doppelgleisig ausgebaut und 5 300 km elektrifiziert. Im Straßenbau erhöhten sich die Zahlen von etwa 155 000 auf 230 000 km. Auch in Erziehung und Wohlfahrt geht es, wenn auch langsam, aufwärts.

Während 1951 in der Altersstufe von 6—11 Jahren nur 43 % eine Schule besuchten, werden es bei Abschluß des 2. Plans 60 % sein. Die Anzahl der Krankenhäuser stieg von 6 400 auf 12 600, die medizinischen Colleges von 30 auf 55, die der Ärzte von 59 000 auf 84 000 und die der Beratungsstellen für Familienplanung von 147 auf 1 800.

Gehen wir auf einige der erwähnten Angaben über die Entwicklung Indiens zurück, zunächst auf die Produktion der staatlichen Stahlwerke. Im Parlament mußte der zuständige Minister vor ein paar Monaten bekanntgeben, daß im russischen und auch im deutschen Stahlwerk der dritte Hochofen nicht oder noch nicht angeblasen werden konnte, da keine genügenden Mengen von Koks zur Verfügung standen. Der Grund dafür waren Transportschwierigkeiten. Diese mögen zweierlei Ursachen gehabt haben: nicht ausreichende Eisenbahnstrecken oder anhaltender Monsunregen, der Strecken unbenutzbar macht. Was die erste betrifft, so zeigen die oben angeführten Zahlen der Vermehrung von Bahnlinien und Gleisverdoppelungen, daß man auf dem Wege ist, Abhilfe zu schaffen. Die zweite, tagelanger Regen, bedeutet schon ein größeres Hindernis, das sich nicht überwinden läßt. Dieses letztere Beispiel zeigt, daß man es in Asien zuweilen mit Problemen zu tun hat, die es in Europa entweder in diesem Ausmaß oder überhaupt nicht gibt. Um so vorsichtiger sollte man daher in der Beurteilung oder gar in der Verurteilung von Verhältnissen aus weiter Ferne sein, die man nur am Ort richtig einschätzen kann.

Greifen wir ein anderes Beispiel heraus, und zwar das der 12 600 Krankenhäuser für 400 Mill. Einwohner. Das bedeutet, daß ein Krankenhaus für 31 746 Personen vorhanden ist.³⁾ Dazu kommt überdies, daß mit Ausnahme der wenigen Großstädte die Hospitäler in Indien außerordentlich primitiv und im allgemeinen nur für eine geringe Zahl von Patienten eingerichtet sind. Es ist ein gewohntes Bild, Kranke auf Matratzen in überfüllten Korridoren der Hospitäler liegen zu sehen. Selbst in einer doch immerhin relativ modernen Stadt wie Bombay muß man zeitweise „Beziehungen“ haben, um in ein Krankenhaus aufgenommen zu werden. Sehen wir uns die Anzahl der Ärzte im Verhältnis zu der Bevölkerung an. Indien hatte am 31. 12. 1956 bei 400 Mill. Menschen 84 000 Ärzte, die Bundesrepublik Deutschland bei 58 Mill. 68 313 Ärzte. In Wirklichkeit ist die Situation dadurch noch erschwert, daß, wie auch in anderen Ländern, die Ärzte die Städte wegen des zahlungskräftigeren Publikums vorziehen. Mit Hilfe der US-Technical Cooperation Mission wird z. B. durch systematischen Einsatz von DDT gegen Malaria vorgegangen, die früher jährlich viele Tausende von Opfern forderte. Heute ist sie schon in großen Teilen Indiens ausgerottet. Durch die hygienischen Wohlfahrtsmaßnahmen ist das Lebensalter des Inders im Laufe der letzten 10 Jahre von 27 Jahren auf 32 gestiegen.

³⁾ Im Vergleich dazu hat z. B. Bonn bei 138 000 Einwohnern 17 Krankenanstalten oder eine für 8 117 Personen.

Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit

Nach dem erwähnten Bericht, dem wir die vorangegangenen Zahlen entnommen haben, konnten 6,5 Mill. von 8 Mill. Arbeitsplätzen, die außerhalb der Landwirtschaft entstehen sollten, während der zwei Planperioden geschaffen werden. Das bringt uns zu dem Sisyphusproblem der offenbar nicht zu Ende gehenden Arbeitslosigkeit. Genaue Zahlen darüber sind nicht bekannt. Eines, vielleicht nicht zu fernem, Tages wird die staatliche Statistik, die auf anderen Gebieten schon Gutes leistet, uns auch über diesen schwerwiegenden Komplex fortlaufend aufklären. Die Schätzungen gehen vorläufig weit auseinander, sie lauten auf etwa 7—10 Mill. Arbeitslose. Die Planungskommission ist sich dessen wohl bewußt, daß von einem Plan zum andern ein gewisses Defizit übernommen werden muß, es kommt jedoch darauf an, es so niedrig wie möglich zu halten. Denn es wälzt sich mit beängstigender Regelmäßigkeit jeweils eine neue Welle von Beschäftigungssuchenden heran. Sie wird auf 3 Mill. pro Jahr oder 15 Mill. während einer Planperiode veranschlagt.

Diese Frage spielt natürlich bei den Beratungen über den 3. Fünfjahresplan eine sehr wichtige Rolle. Es ist erwiesen, daß die Arbeitslosigkeit besonders unter den Schulentlassenen und Jungakademikern erschreckend groß ist. Daher besteht die Gefahr, daß diese Jugend einem verlockenden Radikalismus verfällt. Man hatte es in Kerala erlebt, wo glücklicherweise die kommunistische Regierung, wie schon angedeutet, durch ihre Mißwirtschaft die Jugend eines Besseren belehrt hat. Der 3. Plan sieht nun laut Regierungsentwurf die Schaffung von 10,5 Mill. neuen Arbeitsplätzen in der Industrie und von 3,5 Mill. in der Landwirtschaft vor. Man beabsichtigt u. a. eine Zubringer-Heimindustrie (z. B. in der Fahrradindustrie) in der Nähe von Städten zu schaffen, wobei junge Leute nach einer sorgfältigen Ausbildung als Berater und Funktionäre eingesetzt werden sollen.

In diesem Zusammenhang ist eine Kontroverse über Arbeitsbeschaffung erwähnenswert. Die gesamte Jahresproduktion von Stahl soll im 3. Plan auf 10 Mill. t gesteigert werden. Man will dies durch Expansion der 3 Werke der öffentlichen Hand sowie durch die Errichtung eines 4. staatlichen Werks in Bokaro (im Staate Bihar) erreichen. Dagegen haben sich warnende Stimmen erhoben. Der Hauptsprecher in dem Streit ist J. R. D. Tata, der sehr aktive Leiter des gleichnamigen Großkonzerns.⁴⁾ Erstens hält er es für zweifelhaft, ob Indien die Quantität von 10 Mill. t absorbieren kann. Auf das Gegenargument des zuständigen Ministers, daß sich gegebenenfalls die überschießende Menge exportieren ließe, antwortete Herr Tata, daß er nicht davon überzeugt sei, daß Indien in der Lage sein würde, Stahl zu exportfähigen Preisen zu produzieren. Außerdem, so fragt er, wer würde indischen

⁴⁾ Die von seinem Großvater Jamshedi Tata vor mehr als 50 Jahren gebauten Stahlwerke in Jamshedpur werden jetzt auf eine Jahreskapazität von 2 Mill. t gebracht.

Stahl kaufen? Sollten es andere asiatische Staaten sein, so könnte man wohl kaum erwarten, daß sie in ausländischen Devisen zu zahlen imstande wären. Doch er führte noch einen zweiten wichtigen Grund an. Er ist der Ansicht, daß durch eine Ausdehnung der Stahlindustrie bei der heutigen Automatisierung nur 7 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Wenn man dagegen andere Industrien, und diese sogar mit geringeren Mitteln, ausbaute, so würde die Zahl der neuen Arbeitsplätze ein Mehrfaches von 7 000 betragen. Auf diese Einwendungen wurde offenbar noch keine Antwort von Regierungsseite erteilt. Der Entwurf zum 3. Plan mußte im Vorjahr, also noch in seinem ersten Stadium, auf Grund der Ereignisse an Indiens Nordgrenze in Richtung auf die Verteidigung gründlich geändert werden. Die Tendenz geht dahin, soviel Rüstungsmaterial wie möglich im Lande selbst zu produzieren. Zu diesem Zweck sind die Heereswerkstätten ausgiebig erweitert und modernisiert worden. So werden dort, wie berichtet, Lastkraftwagen einschließlich Motoren in Zusammenarbeit mit einem deutschen Unternehmen hergestellt. Die Produktion von Flugzeugen und Flugzeugmotoren ist in Gemeinschaft mit britischen und französischen Firmen im Gange. Die Suezkrise hatte übrigens klar bewiesen, daß Indien möglicherweise von der Zufuhr auf mehr oder weniger lange Zeit abgeschnitten werden kann. Auch in der Schifffahrt drängt Indien auf Unabhängigkeit vom Ausland, wobei die Ersparnis von Devisen der treibende Motor ist. Gegenwärtig werden auf indischen Schiffen nur 8—9% seines Überseehandels befördert. Die staatliche Western Shipping Company erwarb von der britischen Peninsular and Oriental Steam Navigation Co. (P. & O.) deren Tochtergesellschaft, die Moghul Line, sowie kürzlich die beiden Schiffsreparaturwerkstätten, die Mazagon Dock Ltd., Bombay, und die Garden Road Workshop Co., Kalkutta. An der Ostküste in Vizagapatam werden in der staatlichen Werft unter deutscher technischer Beratung 10 000-t-Dampfer gebaut. In Kotschin an der Westküste wird voraussichtlich eine zweite Werft entstehen.

SOZIALE STRUKTURWANDLUNGEN

Alle diese Einzelheiten sind gewiß sehr beachtlich, doch muß man sie in Relation zu der Bevölkerungszahl von 400 Mill. bringen, um zu sehen, wieviel noch zu tun bleibt. Nichtsdestoweniger stellen sie außerordentliche Leistungen der Regierung und des ganzen indischen Volkes dar. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß die Regierung bei einem Analphabetentum von wahrscheinlich 75—80% im Durchschnitt, wie schon gesagt, nur mit dem gesprochenen und nicht mit dem gedruckten Wort sowie mit Bild und Film ihre Absichten kundtun kann. Im vergangenen Winter hielt der Direktor des Sonderfonds der Vereinten Nationen, Paul G. Hoffmann, eine Pressekonferenz in Neu-Delhi ab. Ein indischer Journalist stellte am Schluß die ein wenig erstaunliche Frage, was Herr Hoffmann tun würde, wenn er an der Spitze der indischen Regierung stünde. Der so

Angesprochene überlegte einen Augenblick und antwortete, daß er das tun würde, was Präsident Thomas Jefferson bei seinem Regierungsantritt für das Wichtigste hielt, nämlich jeden Penny in die Erziehung zu stecken, um auf diese Weise das Analphabetentum so schnell wie möglich verschwinden zu lassen. Denn nur dann konnte er hoffen, seine Reformpläne durchzuführen. Wir wollen nicht sagen, daß Herr Hoffmann gut reden hat, da viel Wahrheit in Thomas Jeffersons Worten steckt. Aber welch ungeheure Schwierigkeiten hat Indien auch auf diesem Gebiet zu überwinden, wenn einfach die Mittel fehlen, die Mittel, Schulen zu bauen, und seien sie noch so primitiv, die Mittel, weitere Lehrerseminare zu errichten usw. Diese Liste ließe sich noch unendlich weit fortsetzen. Man muß es mit eigenen Augen gesehen haben, wie der Dorfschulmeister (bei einem Monatsgehalt von etwa 50 DM) in sengender Glut unter einem kümmerlichen Zelt seinem Beruf nachgeht. Es wird noch mehrerer Fünfjahrespläne bedürfen, bis Indien die Beseitigung des Analphabetentums erreicht.

Wir führten bereits an, daß die Beratungsstellen für Familienplanung innerhalb der vergangenen 10 Jahre sich von 147 auf 1 800 erhöht haben. Der 3. Plan sieht eine weitere Zunahme auf nicht weniger als 8 200 vor. Das bedeutet, daß im 1. Plan 6,3 und 27 Mill. DM im 2. ausgegeben wurden, im 3. werden nun 225 Mill. DM veranschlagt. Aus dem rapiden Ansteigen der Summen erkennt man, wie sich die Regierung von der Notwendigkeit der Geburtenkontrolle überzeugt hat. Tatsächlich mußte sie erst durch eine private Organisation auf die eminente Bedeutung der Frage hingelenkt werden. Mit Aufklärung und Sterilisationen allein wird sich das Problem aber nicht lösen lassen. Denn vorläufig gibt es in Indien noch keine allgemeine und durchgreifende Sozialversicherung. Daher tritt das hochstehende Ethos der Hindureligion an ihre Stelle, indem die Kinder verpflichtet sind, die alten Eltern zu unterhalten. Je mehr Kinder da sind, desto kleiner ist das „Risiko“ für das einzelne Familienmitglied.

Was hat es mit der sogenannten „Unberührbarkeit“ auf sich? Oder besser ausgedrückt, wie ist die gegenwärtige soziologische Stellung des Unberührbaren (oder des Paria, wie wir ihn in Europa nach einem Ausdruck der südindischen Tamilsprache nennen)? Die Unberührbaren stehen außerhalb der vier Kasten des Hinduismus, und das Merkwürdige ist, daß sie selbst wieder Kasten haben, zwischen denen sie z. B. nicht heiraten. Die Unberührbarkeit ist auf Grund der Verfassung des Landes abgeschafft. Die Regierung ist vor fünf Jahren soweit gegangen, daß durch ein vom Parlament mit überwiegender Mehrheit angenommenes Gesetz der Richter ermächtigt ist, bei Verstößen Gefängnisstrafen zu verhängen. Nun, eine Jahrtausende alte Einrichtung läßt sich nicht durch Paragraphen einer Verfassung oder eines Gesetzes von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Man braucht nur daran zu erinnern, wie lange sich die Gleichstellung des Negers in den Vereinigten Staaten hinzieht.

In den Städten ist die Unberührbarkeit durch die zunehmende Industrialisierung im Abflauen begriffen — obwohl noch kein Hindu-Hausangestellter die Arbeit eines Paria, nämlich das Reinigen der Toilette, übernehmen würde. Anders sieht es auf dem traditionell und religiös gebundenen Dorf aus. Hier haben die Community Projects wenn auch keine entscheidende Bresche geschlagen, so doch immerhin aufklärend gewirkt. Noch einschneidender hat auf diesem Gebiet die Bhoodan- oder Landschenkungsbeziehung des Dr. Vinoba Bhave gewirkt, durch die besitzlose Landarbeiter zu Besitz gekommen sind und noch kommen. Im vorigen Jahr wurde ein Unberührbarer Ministerpräsident des Staates Andhra, und der erste Justizminister des selbständigen Indien, der auch maßgebend an der Verfassung mitgearbeitet hat, Dr. Ambedkar, war ebenfalls ein Unberührbarer. (Allerdings ist er kurz vor seinem Tode mit einer großen Schar von „Untouchables“ zum Buddhismus übergetreten, weil ihm das Tempo der Angleichung zu langsam erschien.) Das hinduistische Kastensystem hat sich im Laufe der Jahrtausende als so machtvoll gezeigt, daß es besonders in Südindien allgemein Eingang gefunden hat, erstens bei Mohammedanern, zweitens bei einigen katholischen Gemeinden, in denen man sogar von „Brahmanen-Christen“ spricht, und drittens bei den Juden des früheren Maharadscha-Staates Kotschin (heute Kerala), die ängstlich zwischen weißen und schwarzen Juden unterscheiden. Ghandi hatte sich viele Jahre für die Unberührbaren, die er die „Kinder Gottes“ oder Harijans nannte (ein Name, unter dem sie heute eigentlich nur noch bekannt sind), eingesetzt. Er hatte sogar aus propagandistischen Gründen der von ihm redigierten Wochenschrift den Titel „Harijan“ gegeben. In seinem Aschram (Siedlung) war die Unberührbarkeit tatsächlich abgeschafft, und hochklassige Hindus scheuten sich nicht, im Turnus die anderswo den Parias vorbehaltenen Reinigungsprozeduren vorzunehmen. Man kann wohl sagen, daß sich das Kastensystem heute gewissermaßen auf einer Nebenbühne abspielt. Denn im Vordergrund erleben wir, wie sich ein gesundes, demokratisches Staatswesen in der Praxis bewährt. Aber es läßt sich feststellen, daß die Religion, gleichgültig, ob es sich um Hindus, Mohammedaner, Christen, Sikhs oder Parsen handelt (die Reihenfolge ist nach ihrer zahlenmäßigen Stärke gewählt), ein nicht unwesentliches Bollwerk gegen den Kommunismus bedeutet.

DAS POLITISCHE BEWUSSTSEIN

Indien hat ein Ober- und ein Unterhaus, in denen die Regierung von der rechten wie von der linken Opposition gewöhnlich heftig attackiert wird. Die großen, unabhängigen Zeitungen in englischer Sprache, liberal ihrer Richtung nach, kritisieren ebenso wie die verschiedenen Parteiblätter in den indischen Sprachen die Regierung, wenn es not tut, nicht weniger lebhaft. Die direkten und geheimen Wahlen haben unter Berücksichtigung des ausgebreiteten Analphabetentums und der Vielsprachigkeit ihren besonderen Aspekt. In

Indien ist tatsächlich das größte demokratische Wahl-experiment bereits zweimal mit Erfolg durchgeführt worden. Die offizielle Zahl der Stimmberechtigten wurde bei der letzten Wahl 1957 mit 193 Mill. angegeben, während private Schätzungen sogar auf 200 Mill. und darüber lauteten.

Zunächst mußte man 80% der Bevölkerung den Vorgang der Wahl auf mündliche und visuelle Weise vor und während der Stimmabgabe klar machen. In seiner zweibändigen Denkschrift berichtet der Wahlkommissar über einen Wahlakt, dem er kontrollierend beiwohnte:

„Die Wähler kamen und stellten sich in einer Reihe auf. Kein Wort wurde gesprochen. Es zeigte sich, daß die Leute die Wahl als ein feierliches Beginnen betrachteten... Als ich von meinem Sitz aus sah, wie jeder ruhig wartete, bis die Reihe an ihn kam, war ich stolz auf mein Indien, das hier erschien, um seine Regierung zu wählen. Wer wagt da noch zu behaupten, daß wir nicht in der Lage wären, unsere Angelegenheiten zu ordnen?“

„Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Schulbildung, so wünschenswert sie auch immer sein mag, durchaus keine erforderliche Vorbildung für die reibungslose Ausübung des Wahlrechts ist. Wie zurückgeblieben und unwissend der kleine Mann in einem unterentwickelten Land auch sein mag, er besitzt in seiner Art genug gesunden Menschenverstand, um zu wissen, was nun einmal gut für ihn ist. Vorausgesetzt, daß das Wahlsystem einfach und für ihn verständlich ist, kann man ihm schon zutrauen, daß er seine Stimme in vernünftiger Weise für den Kandidaten seiner Wahl aus freien Stücken abgibt.“

Es läßt sich noch hinzufügen, daß das indische Dorf eine Jahrhunderte alte demokratische Einrichtung hat, das sogenannte Panchayat, d. h. einen gewählten Fünferat, der das Dorf verwaltet und sogar eine gewisse Gerichtsbarkeit ausübt. Die Community Projects haben vor einiger Zeit mit Erfolg auf diese Institution zurückgegriffen.

Das Verhältnis zu den einstigen Kolonialherren

Wie denkt nun der kleine Mann, der so brav zur Wahlurne geschritten ist, über seinen früheren Kolonialherren, den Briten? Wir müssen ein wenig ausholen. Als im Winter 1955 Bulganin und Chruschtschow Indien besuchten, wurden sie stürmisch empfangen. Sonderkorrespondenten von Weltzeitungen, die nach Indien geeilt waren, berichteten darüber in einer Weise, daß man vielfach im Westen von der Vorliebe des indischen Volkes für die Sowjets überzeugt war. Welch ein Fehlschluß! Die Reporter hatten keine Empfänge anderer Staatsoberhäupter in Indien erlebt, so daß ihnen Vergleichsmomente fehlten. Der persische Schah, König Saud von Saudisch-Arabien, Kaiser Haile Selassie I. von Abessinien wurden gleichermaßen freudig begrüßt. Solche feierlichen Ereignisse lassen sich, von Indien aus gesehen, unter der Rubrik „panem et circenses“ registrieren. Und da es in Indien nicht immer panis, d. h. Brot in genügender Menge gibt, so erfreut man sich durch ein etwas übermütiges Gebahren bei dem dramatischen Einzug eines prominenten Gastes, der im offenen Wagen, von Lanzenreitern begleitet, durch die geschmückten Straßen fährt.

Dabei sind jedoch graduelle Unterschiede zu vermerken. Der Verfasser erlebte in Indiens Hauptstadt innerhalb weniger Tage im Januar 1958 die Ankunft des britischen Ministerpräsidenten Macmillan und des indonesischen Präsidenten Sukarno. Der letztere, der zum „Klub“ der fünf Colombo-Mächte gehörte und Gastgeber der Bandung-Konferenz gewesen war, wurde freundlich willkommen geheißen. Macmillan, der als erster britischer Premierminister indischen Boden betrat, wurde dagegen mit ausgesprochener Herzlichkeit begrüßt — ein Verwandter war eingetroffen. Aber noch um mehrere Grade herzlicher wurde Prinzgemahl Philipp, der als Ehrengast der Regierung im Januar 1959 nach Indien kam, aufgenommen. Als er mit Nehru am „Tag der Republik“, dem indischen Nationalfeiertag, bevor die traditionelle Militärparade begann, an den Publikumstribünen im Jeep stehend langsam vorüberfuhr, durchbrachen die Massen den Polizeikordon und jubelten ihm zu. Am folgenden Tag wurde auf dem Weg zum Stadtparlament sein Auto in den engen Straßen Alt-Delhis von der Menge angehalten, und viele schüttelten ihm die Hand. Im kommenden Januar wird Königin Elisabeth drei Wochen lang in Indien weilen, und sie wird sicherlich mit ebensolcher, vielleicht sogar mit noch größerer Begeisterung aufgenommen werden.

Fragt man nach Gründen für eine derartige, uns ein wenig seltsam erscheinende Einstellung, so gibt es wohl mehrere. Der überwiegende ist natürlich, daß man England dafür dankbar ist, rechtzeitig Indien verlassen zu haben.⁵⁾ Eine weitere Ursache für die so offensichtliche Zuneigung der Inder zu England dürfte sein, daß die liberalen Gedanken des 19. Jahrhunderts durch die Kenntnis der englischen Sprache ihren Eingang nach Indien fanden und die Basis für die Unabhängigkeitsbewegung gebildet haben. Nicht zuletzt ermöglichte diese Sprache, daß in dem Sprachenbabel Indien sich Norden und Süden während des Freiheitskampfes verständigen konnten. Schließlich war der Gründer des Nationalkongresses (1885), der dem Land die Selbständigkeit bringen sollte, der Brite Alan Octavian Hume, und die Engländerin Annie Besant, die die erste Kongreßpräsidentin war, wanderte während des 1. Weltkriegs ins Gefängnis, weil sie sich für die Gewährung des Dominion-Status für Indien einsetzte. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Freundschaft zwischen Indien und England, die die Feuerprobe der Suezkrise überstanden hat, für beide Teile spricht.

Schwankende Einstellung zu den USA

Es lohnt sich, auch das Verhältnis Indiens zu den Vereinigten Staaten zu streifen. Manchen Schwankungen war es ausgesetzt, bis es in Präsident Eisenhowers Triumphzug durch Delhi im Dezember 1959 einen

⁵⁾ Frankreich brauchte ein paar Jahre länger dazu, seine 5 Zwergkolonien an Indien zurückzugeben. Übrigens hat das französische Parlament den Übergabevertrag von 1954 bisher noch nicht gutgeheißen. Demzufolge hat noch ein Repräsentant der französischen Regierung seinen Sitz in Pondicherry, auf dessen Haus die Tricolore weiterhin lustig flattert. Von Portugal, das, die Zeichen der Zeit verkennend, an seinen 3 Kolonien festhält, wollen wir lieber schweigen.

Höhepunkt erreichte. In den ersten Jahren der indischen Republik waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern ausgesprochen kühl. Als John Foster Dulles eine Erklärung gemeinsam mit dem portugiesischen Außenminister unterzeichnete, demzufolge Goa ein Teil Portugals und keine Kolonie wäre, ging das indisch-amerikanische Thermometer auf den Gefrierpunkt herunter. Das Eis wurde erst durch Botschafter Chester Bowles zum Auftauen gebracht. Doch nach nur eineinhalb Jahren mußte der Demokrat dem Republikaner John Sherman Cooper Platz machen. Vergebens baten die indischen Zeitungen in ihren Leitartikeln den neugewählten Präsidenten Eisenhower, Chester Bowles auf seinem Posten zu belassen — ein einmaliger Vorgang. Kein Wunder war es, daß man Botschafter Cooper mit Mißtrauen begegnete. Doch auch er verstand es in hervorragender Weise, sich durch Verständnis für Indiens Nöte alsbald das Vertrauen der Regierung und des Volkes zu verschaffen. Nach 2 Jahren wünschte Eisenhower, daß er sich für die Senatswahl aufstellen lassen sollte. Die Trauer über sein Scheiden war kaum geringer als bei Bowles.

Der gegenwärtige Botschafter Ellsworth Bunker hat seit beinahe 3 Jahren mit größter Energie die Notwendigkeit, Indien in umfangreichem Maße zu helfen, in seiner Heimat vor Kongreß- und Senatskomitees vertreten. Vielleicht liegt das Geheimnis dieser Erfolgsserie darin, daß die drei Repräsentanten ihres Landes Außenseiter, d. h. keine Berufsdiplomaten waren. Sie sahen das Protokoll, einschließlich Cocktailparties, nicht als das Wesentliche ihrer Aufgabe an, sondern pflegten vielmehr die persönlichen Kontakte mit Menschen der verschiedensten Bevölkerungsklassen, nicht nur in der Hauptstadt Neu-Delhi, sondern im ganzen Land. Senator Cooper und Kongreßmann Bowles haben in den vergangenen Jahren als ein Team zusammengearbeitet, das viel für Indien getan hat. Der eben erwähnte, überwältigende Empfang Eisenhowers in Neu-Delhi war zum großen Teil auf das von den drei Botschaftern während und nach ihrer Amtszeit geschaffene „Klima“ zurückzuführen.

ENTTAUSCHTE HOFFNUNGEN AUF DIE BUNDESREPUBLIK

Das Klima oder die Atmosphäre zwischen Indien und der Bundesrepublik Deutschland ist durchaus korrekt, aber auch nicht mehr, was bedauerlich ist. Es würde zu weit führen, wollte man alle die Gründe aufzählen, die eine sichtbare Erwärmung der Beziehungen nicht haben aufkommen lassen. Wir müssen uns auf wenige beschränken. In Rourkela war es zu Schwierigkeiten zwischen deutschem und indischem Personal gekommen. Sie hätten sich vermeiden lassen, wenn — es war schon angedeutet worden — die deutschen Firmen ihre Ingenieure und Techniker, bevor sie sie hinaus sandten, über Land und Leute aufgeklärt hätten. Fast 2 Jahre mußten vergehen, bis man diesen Mangel einigermaßen abgestellt hatte. Die Goodwill-Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, die 1956 mit Präsident Fritz Berg an der Spitze Indien besuchte, hatte versprochen, ein Verbindungs-Büro in

Neu-Delhi aufzumachen. Es ist nie dazu gekommen, doch wieviel Gutes hätte es bei richtiger Besetzung dort schaffen können!

Vor allem aber hat man in Indien die Stimmen westlicher Regierungen nicht überhört, die die Bundesrepublik des öfteren ermahnen mußten, mehr als bisher für die Entwicklungsländer zu tun. Man hat sich in Bonn offensichtlich nicht an das Wort „Doppelt gibt, wer gleich gibt“ erinnert. Gelegentlich der kürzlich in Washington abgehaltenen Weltbank-Konferenz wurde Prof. Erhard von amerikanischer und britischer Seite in Gegenwart der Delegierten der afro-asiatischen Staaten aufgefordert, in Zukunft dafür zu sorgen, daß von deutscher Seite in dieser Beziehung mehr gesehen müßte, worauf er äußerte, daß er sich wie Winkelried vorkäme, auf den die Gegner ihre Speiße gerichtet hätten. Arnold Winkelried hat aber absichtlich die feindlichen Speere auf sich gezogen, um den Eidgenossen den Durchbruch zu ermöglichen.

Man kann wohl nicht annehmen, daß der Minister die Konferenzteilnehmer zum Angriff auf sich selbst bzw. die Bundesrepublik ermuntert hat. Daher stimmt sein Vergleich nicht ganz. Im übrigen sollte man ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen und feststellen, daß er sich, soweit man weiß, seit langem im Kabinett für die Entwicklungsländer und ganz besonders für Indien einsetzt, ohne dabei stets die notwendige Resonanz gefunden zu haben. Wenn innerhalb der Regierung z. B. Kräfte am Werke sind, die die deutsche Hilfe auf Afrika konzentrieren und Asien den Vereinigten Staaten und England überlassen wollen, so gehört Prof. Erhard jedenfalls nicht zu ihnen. Als er Ende Oktober indische Journalisten empfing und auf diese Diskrepanz angesprochen wurde, erwiderte er: „Alle Kinder sind mir gleich lieb.“ Es ist auch darauf hinzuweisen, daß in dem Report der „Drei Weisen“, die auf Vorschlag der Weltbank Indien bereist haben — Hermann

J. Abs, Deutsche Bank, Sir Oliver Franks, Lloyds Bank und Allan Sproul, früher Board of Governors, Federal Reserve System —, die Ziele des 3. Fünfjahresplans als für das Land notwendig bezeichnet wurden.

Es hat sich noch nicht an allen maßgebenden Stellen in Bonn herumgesprochen, daß Hilfe für Asien unterentwickelte Nationen letztlich Selbsthilfe bedeutet. Denn wenn solche Staaten, und der größte unter ihnen Indien, den kommunistischen Sirenenklängen erliegen sollten, dann würde der rote Block für die freie Welt weit gefährlicher werden, als er es heute schon ist. Wie verlautet, wird in kurzem eine neue Abteilung „Entwicklungsländer“ im Auswärtigen Amt unter einem Ministerialdirektor eingerichtet werden, die, wenn wir recht unterrichtet sind, für eine gedeihliche Koordination der an der Entwicklungshilfe beteiligten Ministerien sorgen soll. Dies wird in Zukunft um so notwendiger werden, als sich die Länder der Bundesrepublik entschlossen haben, sich an der Entwicklungshilfe finanziell zu beteiligen.

Überdies müßte man sich in Bonn darüber klar sein, daß der Ostblock sehr viel tut, um Indien zu helfen. Die Sowjets bauen außer dem Stahlwerk in Bhilai zusammen mit der Tschechoslowakei ein gigantisches Werk für die Produktion von schweren Maschinen in Ranchi (im Staate Bihar). Die Sowjetunion und Rumänien unterstützen Indien bei der Erforschung von Ölfeldern, wofür sie Sachverständige und das erforderliche Bohrmaterial zur Verfügung stellen. Die Sowjetzone, die eine ständige Handelsdelegation in Neu-Delhi mit Zweigniederlassungen in Bombay und Kalkutta unterhält, hat sich einen besonderen Trick ausgedacht. Der stellvertretende Leiter der Delegation ist ein Mann, der vor dem Krieg in Ghandis Siedlung gelebt hat und fließend Hindi spricht, was übrigens viele in Indien tätige Russen auch tun. Man sieht daraus, die „Konkurrenz“ ist auf dem Posten.

Summary: India's Political and Economic Problems. — This study shows India's political and economic problems, typical for other development countries, too. The author begins with the conditions prevalent when independence was achieved and particularly deals with the variety of peoples and languages rendering the situation rather difficult. The development of India's political parties is of special importance as the country is a neighbour state of the Eastern Bloc. A great part of this study is dedicated to the country's economic development and, above all, to its promotion by the five years plans. In this connexion the participation of the European industrial states, its successes and intricacies, is mentioned. Moreover, the changes of the social structure and the awakening political consciousness vis-a-vis the former colonial powers and the U.S. are described. The author in particular deals with the anticipated aid by the European industrial countries and, above all, the Federal Republic of Germany—an aid, which is supposed to overcome the centuries old stagnation.

Résumé: Les problèmes économiques et politiques de l'Inde. — L'auteur fait ressortir ces problèmes en tant qu'ils sont typiques aussi pour d'autres pays sous-développés. Partant des conditions au moment de la déclaration de l'indépendance, l'auteur qualifie d'entrave pour le développement général la multitude ethnographique et linguistique. Du fait que l'Inde est voisin du bloc oriental la formation des partis politiques revêt une importance particulière. L'auteur donne une analyse détaillée du développement économique à base des plans quinquennaux ainsi que des succès et des difficultés résultant pour les pays industriels européens des contributions effectuées. Après une esquisse des changements de la structure sociale, de la prise de conscience politique et de l'esprit de l'indépendance déterminant les réactions envers l'Angleterre et les Etats-Unis, l'auteur souligne que l'Inde continue à compter sur l'aide économique de l'Europe, surtout de la République Fédérale, pour sortir de sa longue stagnation.

Resumen: Los Problemas de la India desde el Punto de Vista Político y Económico. — El presente trabajo nos muestra los problemas políticos y económicos de la India que por otra parte son los mismos que en otros países en estado de desarrollo. El autor parte de la situación en que se encontraba al conseguir su independencia y nos llama la atención acerca de las dificultades nacidas de la diversidad de lenguas y pueblos en la India. El hecho de ser la India un estado con fronteras comunes con los países del bloque oriental representa un factor importante en la evolución de los partidos políticos. El autor concede un espacio considerable a la evolución económica desde el punto de vista de los planes quinquenales. En este sentido se relatan, la participación de los países industriales europeos, sus éxitos y sus dificultades. Tampoco se pasan por alto los cambios en la estructura social y la conciencia política que se va formando frente a la antigua metrópoli colonial y a los EE.UU. El autor se detiene sobre todo en la ayuda que se espera de los países industriales de Europa.